



Maghreb: Europas aufstrebende Nachbarn?

Erfahrungen des Arabischen Frühlings	1
Geringe wirtschaftliche Diversifizierung	2
Tunesien hinkt beim Wachstum deutlich hinterher	3
Schwierige soziale Lage	4
Reformbemühungen am ehesten in Marokko	4
Außenwirtschaft auf EU ausgerichtet.....	5



Patrick Heinisch
Analyst Schwellenländer
T 069/91 32-74 27

Marokko, Algerien und Tunesien sind als direkte Nachbarn mit gemeinsamer Kultur und Geschichte, dennoch wirtschaftlich und politisch sehr verschieden und kaum integriert. Mit seiner relativ diversifizierten Wirtschaft und reformorientierten Regierung hat Marokko gute Perspektiven. Algerien tut sich mit der Abkehr von der Fokussierung auf Öl und Gas schwer. Das Militär spielt im politischen Betrieb in Algier eine wichtige Rolle. Tunesien befindet sich in einer Wirtschaftskrise und die Schuldentragfähigkeit ist gefährdet. Der immer autoritärer regierende Präsident weigert sich, IWF Reformen umzusetzen und setzt stattdessen auf Verbündete – auch die EU aus Angst vor irregulärer Migration –, die ihm einen finanziellen Rettungsanker zuwerfen.

Erfahrungen des Arabischen Frühlings

Die Maghreb-Staaten¹ im Nordwesten Afrikas haben zwar teilweise eine gemeinsame Geschichte, sind aber trotz ihrer geografischen Nähe **wirtschaftlich kaum integriert und haben sehr unterschiedliche Regierungssysteme**. Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Elementen. Algerien und Tunesien sind hingegen Präsidialsysteme. In Algerien hat traditionell das Militär eine starke Stellung im politischen Betrieb. In Tunesien regiert Präsident Kais Saied faktisch ohne echte Gewaltenteilung. Im Democracy Index der Economist Intelligence Unit werden Tunesien (mit Rang 82 von 167 Ländern) und Marokko (Rang 93) als „hybrid regime“, eine Art Mischsystem zwischen Demokratie und Autokratie, eingestuft. Algerien (Rang 110) hingegen ist eine Autokratie.

Die **Erfahrungen während des Arabischen Frühlings**, der größten politischen Umwälzung im arabischen Raum in jüngerer Geschichte, waren ebenfalls **unterschiedlich**. In **Marokko** wurde zwar für mehr Demokratie, gegen Korruption und für eine modernere Verfassung demonstriert, die Monarchie stand aber für die große Mehrheit nicht zur Debatte. Auf die im Februar 2011 ausgebrochenen Proteste reagierte der König mit einer Verfassungsänderung (z.B. Berbersprache neben Arabisch als offizielle Amtssprache, Übertragung einiger königlicher Vollmachten an das Parlament), die schließlich per Volksabstimmung angenommen wurde. Auch wenn einige Initiatoren der Proteste dies als unzureichend ansahen, gelang es doch, die Unruhen insgesamt weitgehend zu stoppen.

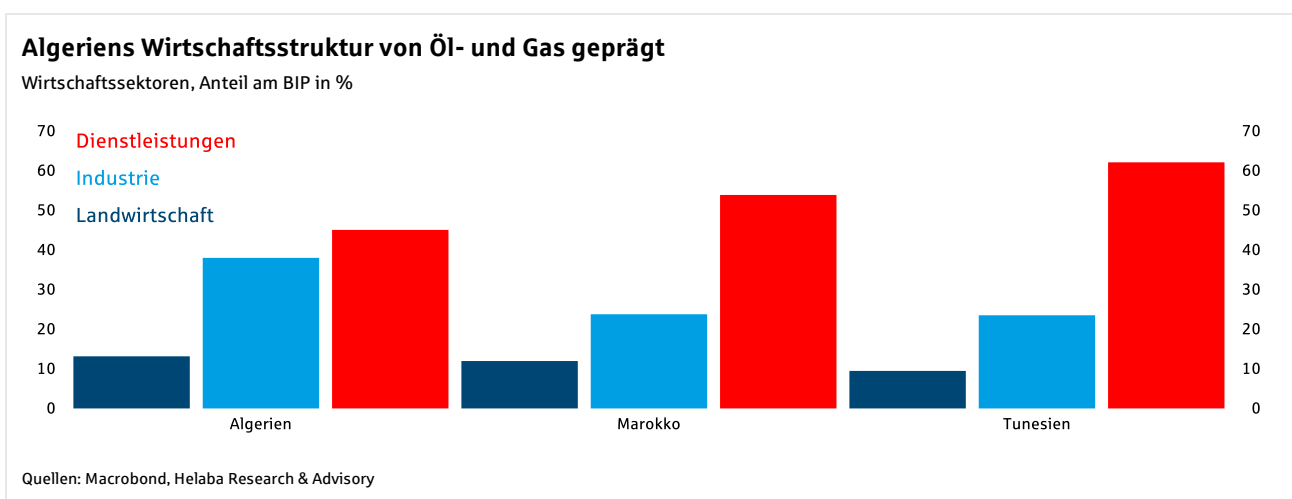
¹ Auch Mauretanien und Libyen (beide ebenfalls Mitglieder der Union du Maghreb Arabe) werden manchmal zum Maghreb gezählt. Der Fokus dieser Studie liegt jedoch auf Marokko, Algerien und Tunesien.

Die **algerische** Führung kam den Demonstranten insofern entgegen, dass die Nahrungsmittelpreise durch zusätzliche Subventionen gesenkt wurden. Ende Februar 2011 wurde der seit 19 Jahren bestehende Notstand aufgehoben. Dieser war in den 90er Jahren vor dem Hintergrund eines Konflikts mit islamistischen Rebellen eingeführt worden. 2019 erlebte das Land noch einmal großangelegte Proteste, als die Kandidatur von Langzeitpräsident Abdelaziz Bouteflika für eine fünfte Amtszeit angekündigt wurde. Das Militär zwang ihn daraufhin zum sofortigen Amtsverzicht. Nach einem Übergangspräsidenten regiert Abdelmadjid Tebboune seit Dezember 2019. Bei den Präsidentschaftswahlen am 7. September 2024 wurde er mit 94,6 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 48 % wiedergewählt.

Tunesien sah lange wie das einzige Land im arabischen Raum aus, das im Zuge des Arabischen Frühlings tatsächlich auf dem Weg zu einer Demokratie war. Im Januar 2011 verließ Langzeitherrscher Zine el-Abidine Ben Ali das Land. Nach der Annahme einer neuen Verfassung im Januar 2014 kam es Ende des Jahres zu freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Aufgrund der prekären Wirtschaftslage hatte die Demokratie in Tunesien jedoch einen schweren Stand. Nach dem Tod von Präsident Essebsi wurde Kais Saied zu seinem Nachfolger gewählt, der zunehmend autoritär regierte. Durch die Auflösung von Parlament und anderen Institutionen kam es Anfang 2022 zu einer Verfassungskrise. Zu den Parlamentswahlen im Dezember 2022 wurden keine Parteien zugelassen, die Wahlbeteiligung lag bei nur 11,2 %. Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. Oktober 2024 ist eine Abwahl Saieds ausgeschlossen. Nur zwei weitere Kandidaten wurden von der Wahlkommission, deren Mitglieder allesamt von Saied ernannt wurden, zugelassen.

Geringe wirtschaftliche Diversifizierung

Die **Wirtschaftsstruktur in Marokko und Tunesien ist von Landwirtschaft und Tourismus geprägt**. Diese Sektoren sind es, die einen Großteil der Arbeitnehmer beschäftigen. Unter den Maghreb-Staaten kann Marokko als die am meisten diversifizierte Volkswirtschaft angesehen werden. Neben Landwirtschaft und Tourismus verfügt das Königreich über eine Automobilindustrie, eine Textilindustrie und es ist eines der weltweit größten Phosphatabauländer. Im Moment ist Marokko dabei, sich als Plattform für bestimmte neue Technologien zu positionieren, z.B. die Herstellung von grünem Wasserstoff, erneuerbare Energien und Bauteile für Elektrofahrzeuge.



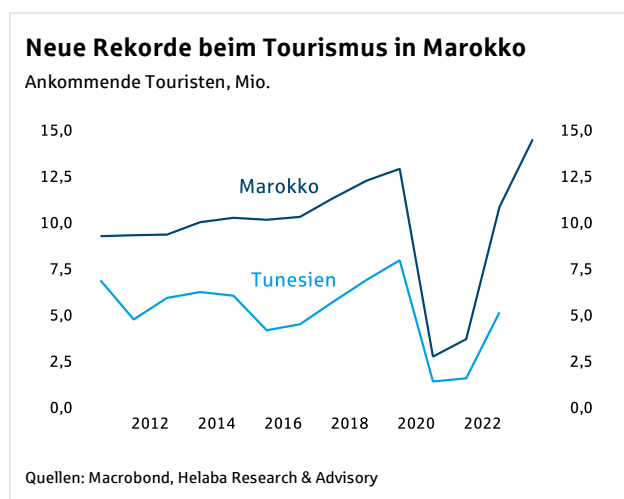
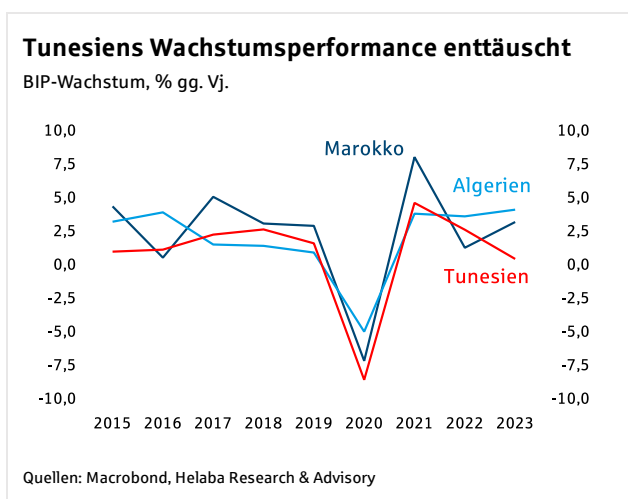
In **Algerien** fällt der hohe Anteil des produzierenden Gewerbes² am BIP auf. Dies verdeutlicht die **große Bedeutung des Öl- und Gassektors**. Die Öl- und Gasförderung macht 25 % des nominalen BIP, 90 % der Exporterlöse und 60 % der Haushaltseinnahmen aus. Eine echte Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur ist Algerien in den vergangenen Jahren nicht gelungen. Die weiterhin große Nachfrage aus der EU wegen der Suche nach einem Ersatz für russische Importe bietet keinen Anreiz für die Führung in Algerien, Diversifizierungsbemühungen entschlossen voranzutreiben – im Gegenteil. Der Fokus liegt jetzt mehr denn je auf dem Rohstoffsektor. Bereits 2022 gab der

² Bergbau, Energie, Verarbeitendes Gewerbe, Bau, Strom, Wasser und Gas.

Vorstandsvorsitzende des staatlichen Öl- und Gaskonzerns Sonatrach bekannt, dass Algerien von 2022 bis 2026 in seinen Energiesektor 39 Mrd. US-Dollar investieren werde.

Tunesien hinkt beim Wachstum deutlich hinterher

Die Wirtschaftsstruktur spiegelt die **Wachstumstrends der Länder** wider. Während der Pandemie brach das Wachstum in Marokko und Tunesien besonders stark ein, da kaum Touristen einreisen konnten. Tunesien erlebte 2020 die schärfste Rezession mit -8,6 %, gefolgt von Marokko mit -7,2 %. Wegen des Ölpreiserückgangs kam es zwar auch in Algerien zu einer Rezession, die aber mit -5 % weniger stark war. Nach der Pandemie kam es zwischen 2021 und 2023 in Marokko mit durchschnittlich 4,2 % pro Jahr und in Algerien mit 3,8 % zu einer soliden Erholung. In Tunesien hingegen betrug das durchschnittliche Wachstum nur 2,5 %, wobei sich hier die politischen Probleme bemerkbar machen, die das Land seither erlebt. 2023 wuchs die Wirtschaft mit 0,4 % kaum noch.



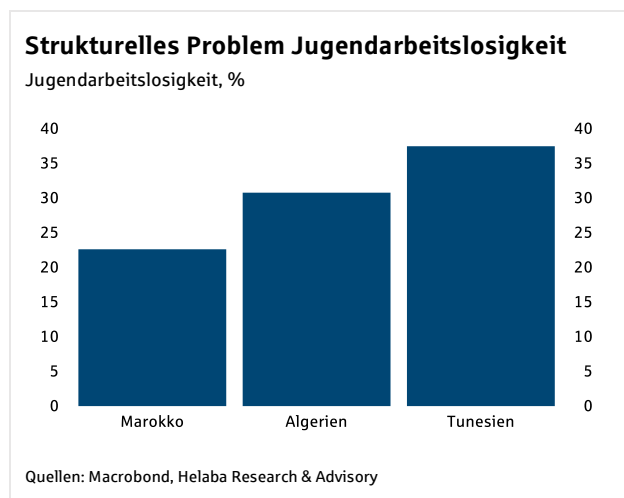
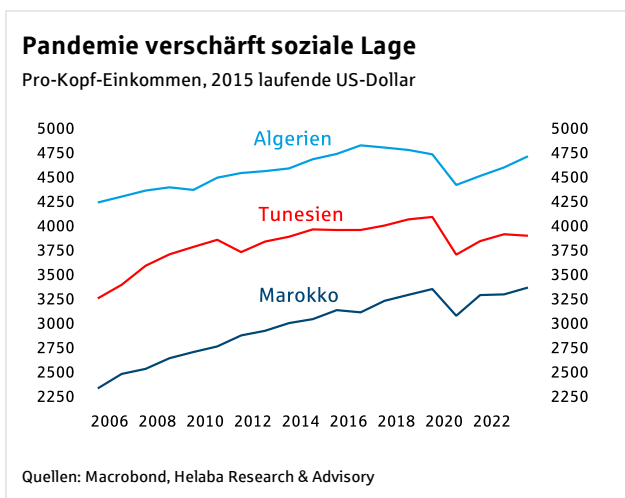
Die **Wachstumsaussichten sind für Marokko und Algerien deutlich besser als für Tunesien**. In Marokko dürfte die Wirtschaft 2024 und 2025 jeweils mit ca. 3 % wachsen. Die Zahl der Touristen erreichte 2023 mit 14,5 Mio. ein neues Rekordhoch und weitere Steigerungen sind realistisch. Das ambitionierte Ziel der Regierung lautet 26 Mio. Touristen im Jahr 2030. Enttäuschend war die Performance dagegen in der Landwirtschaft. Wiederkehrende Dürren und knappe Wasserreserven für die Bewässerung werden 2024 für eine leichte Kontraktion im Agrarsektor sorgen. Der Sektor bleibt anfällig für witterungsbedingte Schocks. Die Regierung ist darum bemüht, die Landwirtschaft widerstandsfähiger aufzustellen. Eine allmähliche konjunkturelle Erholung beim wichtigsten Handelspartner EU wird die Exporte ab 2025 stützen.

Die **algerische Wirtschaft profitiert zurzeit von der Suche der Europäer nach alternativen Gaslieferanten**. Die Gasförderung sollte in den kommenden Jahren leicht steigen, von 136 Mrd. Kubikmeter 2023 auf voraussichtlich 143 Mrd. Kubikmeter 2025. Im laufenden und kommenden Jahr drücken aber die Ölförderkürzungen der OPEC+ das Wachstum. Diese werden erst Ende 2025 auslaufen und eine steigende Ölförderung ermöglichen. Eine wichtige Stütze waren 2024 die Staatsausgaben, mit denen die Regierung soziale Unruhen im Vorfeld der Wahlen vermeiden wollte. Dieser wichtige Stimulus wird in den kommenden Jahren entfallen, weshalb auch das Wachstum insgesamt leicht rückläufig sein wird, von 4,1 % im vergangenen Jahr auf rund 3 % im Jahr 2025.

Tunesien bleibt das wirtschaftliche Sorgenkind unter den Maghreb-Staaten. Die Touristenzahlen aus dem letzten Vor-Corona-Jahr (8 Mio.) wurden 2022 längst nicht erreicht (5,2 Mio.). Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor. Die Arbeitslosigkeit und Inflation sind deutlich höher als in den beiden anderen Staaten und drücken auf die Nachfrage der privaten Haushalte. Die erratische Wirtschaftspolitik von Präsident Saied nimmt inländischen wie ausländischen Investoren Planungssicherheit und sorgt für eine allgemein niedrige Investitionstätigkeit. Da auch der Staat das Geld nicht mit vollen Händen ausgeben kann, kommt der einzige halbwegs erwähnenswerte Wachstumsbeitrag vom Außenhandel. Das Wirtschaftswachstum wird sowohl 2024 als auch 2025 unter 2 % bleiben.

Schwierige soziale Lage

Die soziale Lage in den Maghreb-Staaten ist schwierig und hat sich durch die Pandemie zusätzlich verschärft. Beim **Pro-Kopf-Einkommen hatte 2023 lediglich Marokko das Niveau des Jahres 2019 leicht überschritten**. Auch die Schaffung von ausreichend Arbeitsplätzen für die wachsende Bevölkerung bleibt eine Herausforderung. Zwar wächst die Bevölkerungszahl in Marokko (mit 1 % pro Jahr), Algerien (1,6 %) und Tunesien (0,8 %) deutlich weniger kräftig als in Subsahara-Afrika (2,5 %), aber schneller als im Durchschnitt der EU (0,5 %). Mit unzureichend Arbeitsplätzen in der formellen Wirtschaft drängen zahlreiche Algerier, Marokkaner und Tunesier in den informellen Sektor oder in die Landwirtschaft. In Marokko stieg die Arbeitslosenquote 2023 um über einen Prozentpunkt auf 13 % (so hoch wie zuletzt Ende der 1990er), da die Landwirtschaft unter der Dürre litt und folglich nicht genug Arbeitsplätze zur Verfügung stellte. Algerien erhebt keine Daten zur Arbeitslosigkeit, lediglich Schätzungen einiger internationaler Organisationen sind verfügbar. Besonders hoch ist die Arbeitslosenquote in allen drei Ländern unter Frauen und Jugendlichen, was sozialen Sprengstoff birgt.



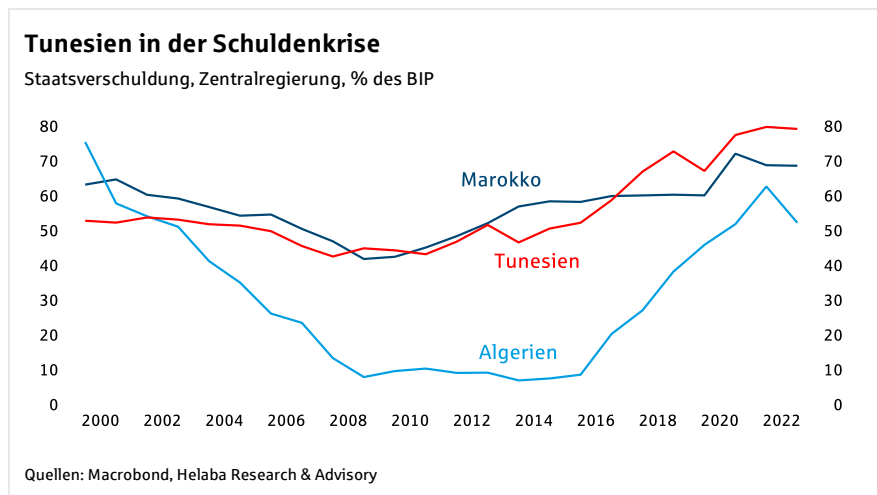
Hohe Lebenshaltungskosten beeinflussen die soziale Lage in besonderer Weise. Sie waren ein wichtiger Auslöser des Arabischen Frühlings. Dies gilt vor allem für **Tunesien mit einer Armutsquote von 16,6 %**, gemessen an der nationalen Armutsgrenze. Die Armutsquote in Marokko (4,8 %) und Algerien (5,5 %) ist weitaus niedriger. Hier sind die Daten älter, dennoch ist davon auszugehen, dass beide Länder immer noch unter dem tunesischen Niveau liegen.

Reformbemühungen am ehesten in Marokko

Zumindest sind die **hohen Inflationsraten**, die der Anstieg der Rohstoffpreise zu Beginn des Ukrainekriegs beschleunigt hatte, in allen drei Ländern **gesunken**. In Marokko und Tunesien haben die Zentralbanken mit Leitzinserhöhungen dazu beigetragen, das Problem in den Griff zu bekommen. In Algerien verharrt der Leitzins jedoch seit März 2020 bei 3 %. Der IWF rät den Verantwortlichen zu einer Straffung der Geldpolitik, allerdings hat man vor Ort Angst, dass dadurch das ohnehin schwache Kreditwachstum beeinträchtigt würde. Dementsprechend hat die Inflation seit April wieder auf zuletzt 5,4 % angezogen.

Zur Beruhigung der sozialen Lage setzen die Maghreb-Staaten auf Regulierung. Vor allem in Tunesien und Algerien sind **Subventionen das Mittel der Wahl, um die Bevölkerung vor der Teuerung zu schützen**. Tunesien hält nach wie vor an Subventionen für Grundnahrungsmittel und Benzin fest, trotz einer Staatsverschuldung von 80 % des BIP. In Algerien dürften die Subventionen im Nachgang der Wahlen allmählich gesenkt werden. Nur Marokko setzt konsequent Reformen der Subventionspolitik um. Die Vergünstigung für Benzin ist bereits weitgehend aufgehoben. Im April 2024 hat die Regierung damit begonnen, auch die Subventionen für Weizen und Zucker zu senken. Innerhalb von drei Jahren sollen sie vollständig entfallen. Begleitet werden diese Maßnahmen durch die Reform des Sozialsystems seit 2021. So wurde die Krankenversicherung, Familienzulagen und das System der Altersrente auf zusätzliche Bevölkerungsteile ausgeweitet.

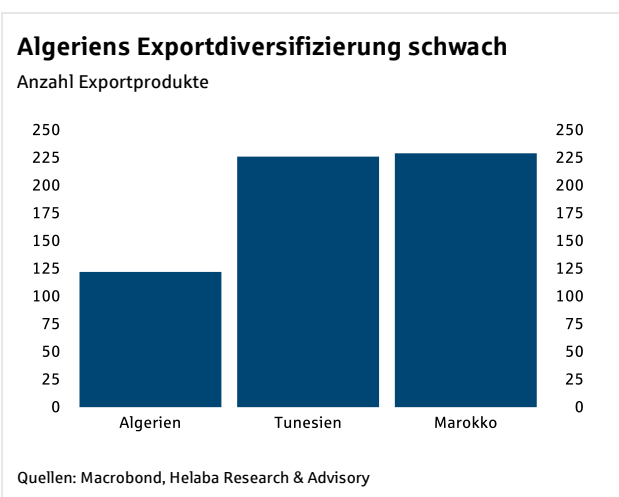
Haushaltsdefizite sorgen für eine hohe Staatsverschuldung. In allen drei Ländern sind **Haushaltskonsolidierungen erforderlich**. Marokko geht das Projekt schrittweise an. Das Königreich hat eine Staatsverschuldung von ca. 70 % des BIP, aber nur Einnahmen von etwas über 25 % des BIP. Die Reformen beabsichtigen u.a. eine Ausweitung der Steuerbasis, gezielte Sozialausgaben und eine Mehrwertsteuerreform. Ab 2025 sollte die Schuldenquote zu sinken beginnen. In Algerien liegt die Staatsverschuldung mit 52 % des BIP am niedrigsten unter den Maghreb-Staaten. Die zusätzliche Gas-Nachfrage aus Europa und der Wegfall der OPEC-Ölförderbeschränkungen ab Ende 2025 verschaffen der Regierung kurzfristig Entlastung. Die einseitige Abhängigkeit von den Öl- und Gaseinnahmen macht die Staatsfinanzen anfällig für Schocks.



Im Gegensatz zu Marokko und Algerien ist die **Verschuldungslage in Tunesien kritisch**. Die Staatsschuldenquote liegt hier bei 80 % des BIP, die Einnahmehbasis nur bei 29 %. Verschärft wird die Situation durch Präsident Saieds kategorische **Ablehnung eines IWF-Hilfsprogramms**. Stattdessen hofft er auf Finanzhilfen befreundeter arabischer Länder (vor allem Saudi-Arabien und Algerien). Auch die EU wird darauf achten, dass die Wirtschaft Tunesiens nicht zusammenbricht, schließlich

handelt es sich um ein wichtiges Transitland für Migranten. Daher kann Tunis auf das Wohlwollen und gegebenenfalls Finanzspritzen aus Brüssel zählen.

Außenwirtschaft auf EU ausgerichtet



Obwohl direkte Nachbarländer, sind die drei Maghreb-Staaten wirtschaftlich kaum integriert. **Für keines der drei Länder sind die anderen wichtige Handelspartner**. Aufgrund des Streits über den Status der Westsahara brachen Marokko und Algerien 2021 die diplomatischen Beziehungen ab. Die Landgrenze ist bereits seit 1994 geschlossen. Für alle drei Länder ist die EU – vorwiegend Frankreich, Italien und Spanien – der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Was die Produktpalette angeht, so haben nur Tunesien und Marokko eine gewisse Diversifizierung der Exportprodukte. Aufgrund der starken Ausrichtung auf Öl und Gas hat Algerien nur etwa halb so viele Exportprodukte wie Tunesien und Marokko (vgl. Chart).

Die Beziehungen Deutschlands und der Europäischen Union sind zu allen drei Ländern gut. **Für die Europäer spielen die Länder u.a. in der Migrationsfrage, bei der Rohstoffversorgung (Algerien) und bei erneuerbaren Energien eine Rolle**. Die EU und Marokko schlossen 2022 ein Green Partnership-Abkommen. Der EU Economic and Investment Plan sieht Investitionen im Königreich im Umfang von 8,4 Mrd. Euro im Zeitraum 2021 bis 2027 vor. Tunesien ist seit 2012 privilegierter Partner. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise und der Angst vor unkontrollierter Migration hat Brüssel Ende 2023 Unterstützung in Höhe von 900 Mio. Euro und 150 Mio. Euro an direkter Budgethilfe bereitgestellt.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.